

See discussions, stats, and author profiles for this publication at: <https://www.researchgate.net/publication/331177331>

Pro-Russian lobbying in modern Germany

Article in *Rocznik Integracji Europejskiej* · February 2019

DOI: 10.14746/rie.2018.12.8

CITATIONS

0

READS

252

1 author:



Izabela Anna Janicka

Poznan University of Economics

17 PUBLICATIONS 9 CITATIONS

SEE PROFILE

IZABELA JANICKA

Uniwersytet Ekonomiczny, Poznań
ORCID: 0000-0003-4620-1935

DOI : 10.14746/rie.2018.12.8

Prorussisches Lobbying im gegenwärtigen Deutschland

Einleitung

Der Artikel soll eine Darstellung des politischen und medialen Meinungsbildungsprozesses zwischen Deutschland und Russland vor dem Hintergrund der fortwährenden Ost-West Krise, unter besonderer Berücksichtigung der durch Deutschland verfolgten *neuen Ostpolitik*, sein. Nach der erneuten Wahl Putins zum Präsidenten im März 2012 verschärfte sich der Kurs wegen der zunehmenden westlichen, vor allem deutschen Kritik an Putins autoritärem Kurs, wie sie in einer Bundestagsresolution vom 09. Dezember 2012 zu Ausdruck kam. Moskau wandte sich stärker Asien zu und begann einen Prozess der wachsenden Entfremdung (Veit, 2013, S. 136). Mit Beginn der Ukraine-Krise und der westlichen Sanktionen ist aus der erhofften „Modernisierungspartnerschaft“ eine formidable Gegnerschaft geworden. „Die neue Ostpolitik Deutschlands erwies sich als Irrtum und die Überzeugung des notwendigen Aufbaus der europäischen Sicherheit gemeinsam mit Russland – und nicht gegen diesen Staat – als eine Illusion. Sie blieb nur eine Politik des Wunschdenkens, was der Ausbruch des durch Russland initiierten bewaffneten Konflikts mit den Separatisten in der Ukraine nachweislich zeigte“ (Miszczak, 2015, S. 9).

Dem Paradigmenwechsel zufolge werde der Westen und Europa als dekadent und schwach stilisiert – Russland hingegen als stark und wahrhaft christlich. Die von Putin betätigte Propagandamaschine verzeichnet Erfolge, sowohl in Russland als auch in Deutschland. Eingangs werden das System und die Mechanismen der russischen Propaganda im Kontext der sich dynamisch wandelnden internationalen Ordnung analysiert. Der Autor richtet sein Augenmerk auf eine Identifizierung der deutschen Russlandversther.

Dieser Beitrag zeigt auch die politischen und wirtschaftlichen Kontakte zwischen Deutschland und Russland auf, die in vielen Aspekten einen großen Einfluss auf die Entscheidungsprozesse der deutschen Regierung haben können.

Es wurden die aktivsten institutionellen Formen der russisch-deutschen Zusammenarbeit unter der Schirmherrschaft der Regierung analysiert, einschließlich der Wirtschaftskreise und mit ihnen kooperierenden Stiftungen und Vereine. Zu den wichtigsten Akteuren des russischen Lobbyings gehören auch deutsche politische Parteien, Vertreter der deutschen Kultur-, Kunst- und Medienwelt, deren Popularität die Wahrnehmung der russischen Politik gegenüber der Ukraine und der EU beeinflussen kann.

Die russische Propaganda

Die Annexion der Krim und die Besetzung eines Teils des souveränen Staates der Ukraine – unter Verletzung ihrer territorialen Integrität durch die russische Föderation – verursachte das Entstehen einer neuen geostrategischen Realität in Europa. Ein Ziel der Politik Russlands ist es, durch geeignetes politisch-propagandistisches und militärisches Krisenmanagement im Osten der Ukraine eine Situation herbeizuführen, in der es zur Spaltung der bisherigen Einheit der westeuropäischen Staaten und zur Schwächung der NATO käme. Die politischen Unstimmigkeiten zwischen Berlin und Moskau in Bezug auf die innenpolitische und territoriale Krise in der Ukraine führte zu einer Abkühlung der bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Edward Lucas zufolge, einem Autor für die Zeitschrift „The Economist“, machte „Wladimir Putin aus seinem Land eine Kleptokratie, welches vom Öl lebt, das von Geheimdienstagenten und Gecken regiert wird und welches auf einer immer düsteren, antiwestlichen, orthodoxeren und nationalen Ideologie basiert“ (Maziarski, 2015, S. 8).

Der Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz werfen Russland vor, die enge Bindung Europas an die USA systematisch zu torpedieren. Das geht aus einem gemeinsamen Bericht des Arbeitskreises „PsyOps“ (Psychologische Operationen) an die Bundesregierung hervor, der seit Kurzem fertiggestellt worden ist. Nach einer Reihe von Propagandakampagnen und Cyberangriffen hatte das Bundeskanzleramt den Inlands- und den Auslandsgeheimdienst damit beauftragt, russische Aktivitäten zu untersuchen. In dem Bericht kommen die Autoren zu dem Schluss, dass in den Ländern der Europäischen Union schon seit Jahren eine russische Beeinflussung festzustellen sei. Moskau versuche gezielt, insbesondere im Westen vorhandene gesellschaftliche Konflikte zuzuspitzen. Es gehe Russland auch darum, die Akzeptanz des engen Bündnisses mit den Vereinigten Staaten von Amerika infrage zu stellen. Die Bundesregierung überlegt noch, ob und in welcher Form sie den Bericht der Geheimdienste dem Bundestag oder der Öffentlichkeit zugänglich machen wird (Moskau, 2017). Russland hat auf die amerikanische Präsidentschaftswahl Einfluss genommen – darin sind sich die US-Geheimdienste einig. Spätestens seitdem ging in der EU die Angst um, dass der Kreml das Gleiche auch in Europa versuchen könnte. Im Frühjahr wählten die Niederlande und Frankreich, im Herbst Deutschland – und bei allen Wahlen war mit einem Erstarken rechtspopulistischer Kräfte zu rechnen. Man kann nur die Hypothese aufstellen, dass russische Hacker nicht nur die US-Wahlen beeinflussen, sondern auch die Bundestagswahlen kontrollieren könnten. Großangriffe aus dem Kreml bleiben oft unentdeckt. Wenn Hunderttausende Deutsche den Antiviren-Produkten von Kaspersky und Co. vertrauen, ist es wichtig zu wissen, dass Kaspersky ein ehemaliger KGB-Offizier ist. Eine mit Kasperskaya verbundene Firma liefert die Software für die Polizei in Brandenburg und Berlin, die hoch sensible Daten enthält.

Das Europaparlament prangerte die antieuropäische Propaganda Russlands in der EU und ihrem Umfeld an. Die russische Regierung setze zahlreiche Instrumente ein, um die EU auch in deren Mitgliedstaaten zu verunglimpfen und damit den Einfluss Russlands zu stärken. So unterstütze die russische Regierung in der EU aktiv rechts-extreme, populistische und europafeindliche Parteien sowie Bewegungen, welche Grundwerte wie Demokratie und Einhaltung der Menschenrechte verneinten“ (EU-

Parlament, 2016). Sie griff dabei auf zahlreiche Instrumente zurück wie den fernsehbildende Russia Today (RT) sowie auf Informationsagenten und soziale Netzwerke. Dafür gibt Russland erhebliche Beiträge aus – öffentliche Gelder oder Zuschüsse von Unternehmen und Organisationen, die vom Kreml kontrolliert werden. Pseudo-Nachrichtenagenturen und Pseudo-Multimediendienste wie Sputnik, soziale Medien und Trolle werden mit dem Ziel eingesetzt, demokratische Werte infrage zu stellen. „Wenn der Staat das Geld für eine Aufführung gibt, dann hat er auch das Recht, dieses oder jenes Thema zu bestimmen“ hat Dmitrij Peskow, Pressesprecher des Kremls, festgestellt (Peskow, 2016).

Die russischen Methoden gehen weit über konventionelle Propaganda hinaus, wie etwa die zahlreichen dokumentierten Fälschungen zeigen. Das „Strategische Kommunikationsteam Ost“ des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EEAS) warnt vor der Einflussnahme Moskaus. Die East StratCom Taskforce, die im Auftrag der EU-Staats- und Regierungschefs im September 2015 ihre Arbeit aufgenommen hat, dokumentierte nach eigenen Angaben rund 2500 Beispiele für Desinformation (EU). Es gibt eine enorm weitreichende, zumindest zum Teil organisierte Desinformationskampagne gegen die EU, ihre Politiker und ihre Prinzipien. Die Lieblingszielperson sei Angela Merkel: Die Kanzlerin bekomme ein wahres „Bombardement“ ab, etwa wegen ihrer Flüchtlingspolitik oder ihres Eintretens für Sanktionen gegen Russland.

Putins Propaganda-Chef Dmitri Kisseljow hat in seiner wöchentlichen Abend-Sendung „Nachrichten der Woche“ zu Hass- und Lügentiraden gegen Angela Merkel ausgeholt. Im Staatsfernsehen Rossija 1 erklärte er einem russischen Millionenpublikum gegenüber, dass Merkel mit ihrer pro-amerikanischen und Russland-feindlichen Politik „die Politik ihrer hervorragenden Vorgänger Willy Brandt, Egon Bahr, Helmut Kohl und Gerhard Schröder zerstört“. Ihm zufolge erkenne Merkel erkenne nach nicht mehr, dass es „ohne Russlands Wohlwollen weder ein vereintes Deutschland noch ein vereintes Europa gegeben hätte.“ Seine Attacken wurden auch persönlich. Er habe das Gefühl, dass Merkel alt geworden sei, nicht mehr in die Zeit passe und aus der Mode geraten sei. Seiner These nach wolle Merkel Lebensraum im Osten schaffen. Sie stehe in dieser Tradition nicht nur Adolf Hitler gleich, sondern auch Friedrich Naumann, der bereits im Jahr 1916 ein Deutsch geprägtes Mitteleuropa vor Augen hatte (Röpke, 2017).

Die Propaganda sei in den russischen Medien keinesfalls ein Nischenphänomen, sondern finde zu den besten Sendezeiten während der wichtigsten Sendungen statt, heißt es aus der Taskforce. Auch die international aktiven Staatsmedien „Sputnik News“ und „Russia Today“ spielen eine wichtige Rolle. Als ein Anbieter alternativer Nachrichteninhalte bearbeitet die russische Propaganda-Nachrichtenseite „Sputnik“ Informationen und nachprüfbar Fakten, die aber zweckdienlich zugespielt werden.

Für die deutsche Medienwirtschaft könnte aus Putins Informationskrieg langfristig ein grundsätzliches Problem erwachsen. Die Frage der Qualität von Informationsquellen stellt sich völlig neu. So meinte Arne Schönbohm, Präsident des Cyber-Sicherheitsrats Deutschland e.V.: „Es ist seit längerer Praxis der russischen Geheimdienste, seriös erscheinende Politikexpertenforen im Netz aufzubauen, die von den Medien ernst genommen und vielfach zitiert werden“ (Clauß, 2014).

Diese Foren werden als Instrumente des Informationskrieges und zur Verbreitung von Propaganda benutzt. Erscheinen *Fake news* in den westlichen Presse-Portalen, werden sie als ernste Quellen angesehen. Vertreter der Bundesregierung hatten zuletzt mehrfach über die „tendenziöse Berichterstattung“ russischer Medien geklagt. Dazu zählten Berichte über den Fall der vermeintlichen Vergewaltigung eines deutsch-russischen Mädchens durch Asylbewerber in Berlin (Rettman, 2017, S. 12).

Kleinere Medien und Internetseiten würden die Falschinformationen dieser bekannteren Medien aufgreifen und weiterverbreiten. Auch NGOs, Thinktanks und sogenannte Troll-Fabriken, in denen Hunderte von Mitarbeitern soziale Medien und Nachrichtenseiten mit Kommentaren überfluten, seien Russlands Werkzeuge zur Verbreitung von Desinformation. (Becker, 2017). Das amerikanische Meinungsforschungsinstitut Institut Pew Research Center wies nach, dass die russische Propaganda auf ein großes Publikum in Europa stößt. 25–30% Franzosen, Deutschen, Spanier und Italiener glauben, trotz nachhaltiger Beweise, an die Theorie, dass im Osten der Ukraine nicht die russischen Truppen kämpfen (Rettman, 2017).

Der Kreml setzt, anstelle exzessiver Zwangsmaßnahmen, subtilere Instrumente eines Mikro-Managements ein, um die Medien zu kontrollieren. Zu diesen Instrumenten gehören: Einstellungs- und Entlassungspraktiken, die Unklarheit für die Interpretierung der Spielregeln, Unsicherheit der Journalisten hinsichtlich möglicher Antworten auf kontroverse Beiträge, Vorsicht der Journalisten und freiwillige Selbstzensur. Wenn die Bundesrepublik in der Rangliste der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ auf Platz 16 liegt, liegt Russland auf Platz 148 von 180 Staaten (Rangliste, 2017).

Bilaterale politisch – wirtschaftliche Kontakte

Russland ist als Akteur bei der Lösung globaler Probleme und als Wirtschaftspartner für Brüssel und Berlin zu wichtig, als dass eine mittel- bis langfristige Isolierung des Landes als politische Option in Frage kommt. Das rohstoffreiche Russland bleibt für die deutsche Wirtschaft von grundlegender Wichtigkeit. Russland ist der mittlerweile wichtigste Lieferant für Erdöl und Erdgas für die Bundesrepublik. Der Anteil der russischen Importe am Verbrauch in Deutschland liegt für Erdöl bei 35 Prozent, für Erdgas bei 38 Prozent und für Steinkohle bei ca. 20 Prozent (Bolay, Bullmann, 2014). Weitere Pläne von US-Senats und des Repräsentantenhauses für eine Ausweitung und gesetzliche Verankerung von neuen Sanktionen gegen Russland trafen auch die deutsche Wirtschaft.

Die geschäftlichen Kooperationen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland hatten eine hochpolitische Komponente und wurden erst durch die Ostpolitik von Willy Brandt und seinem Vertrauten Egon Bahr möglich. Sie standen unter dem Motto „Wandel durch Annäherung“. Die Zusammenarbeit mit Russland vertiefte und beschleunigte sich während der Kanzlerschaft Gerhard Schröders¹, der Putin zum

¹ Schröder ist seit 2005 Vorsitzender des Aktionärsausschusses beim Betreiber der Ostsee-Gas-Pipeline, Nord Stream, an dem der russische Staatskonzern Gazprom die Mehrheit hält. Die EU hat Wirtschaftssanktionen gegen russische Unternehmen wie den Ölkonzern Rosneft verhängt. Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder will trotzdem einen Posten bei Rosneft annehmen.

„lupenreinen Demokraten“ erklärte. Das politische Ziel war eine Europäisierung Russlands und die Modernisierungspartnerschaft fortzusetzen.

Sehr schnell nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion knüpfte man formelle Kontakte mit Russland auf vielen Ebenen. Im Jahre 1993 wurde das deutsch-russische Forum ins Leben gerufen. Die nicht staatlichen Organisationen, Stiftungen, Regierungseinrichtungen und Unternehmen in Deutschland kooperieren mit ähnlichen Organisationen in Russland. Auch der Petersburger Dialog, als eine regelmäßig tagende deutsch-russische Diskussionsplattform, die seit 2001 einen wissenschaftlich-technischen Austausch fördert, sichert breite öffentliche Aufmerksamkeit und Akzeptanz. Über 100 Partnerstädte, 525 Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen, welche die Zusammenarbeit unterschrieben hatten, bildeten mit der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch eine breite Plattform bilateraler Kooperation. Besondere Bedeutung wurde der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beigemessen (Koszel, 2012). Trotz der Krisen und Rückschläge wollte Deutschland neue Initiativen vertiefen. Seit der Annexion der Krim wollte man eine weitere Eskalation der Gewalt, des Misstrauens und einer tiefen Beschädigung der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Beziehungen verhindern (Voigt, 2015, S. 337).

Die Wende in den bilateralen Beziehungen brachte eine Bundestagresolution. Sie trug den Namen „Durch Zusammenarbeit Zivilgesellschaft und Rechtstaatlichkeit in Russland“ stärken, wurde von Andreas Schockenhoff (CDU) entworfen und am 09.11.2012 vom Bundestag angenommen. Es wurde folgendes festgestellt:

„Mit besonderer Sorge stellt der Bundestag fest, dass in Russland seit dem erneuten Amtsantritt von Präsident Wladimir Putin gesetzgeberische und juristische Maßnahmen ergriffen wurden, die in ihrer Gesamtheit auf eine wachsende Kontrolle aktiver Bürger abzielen, kritisches Engagement zunehmend kriminalisieren und einen konfrontativen Kurs gegenüber Regierungskritikern bedeuten. Das steht im deutlichen Widerspruch zu den im Wahlkampf von Präsident Wladimir Putin gegebenen Versprechen einer stärkeren Zusammenarbeit mit der Gesellschaft und einer Abkehr von ‚repressiven Tendenzen‘ im System der gesellschaftlichen Interessenwahrnehmung in Russland“ (Antrag).

Die Resolution führte zu Meinungsverschiedenheiten, nicht nur unter den Parteien im Parlament, sondern innerhalb der einzelnen Parteien. Kurz vor den deutsch-russischen Konsultationen im Rahmen des Petersburger Dialogs (14.–17.11.2012 in Moskau) erreichte die strategische Partnerschaft einen kritischen Punkt.

Ein Hardliner wie Wladimir Jakunin, der engste Vertraute von Wladimir Putin, hat in einer Zeit großer Spannungen mit Russland ausgerechnet eine „Denkfabrik“ in Berlin eröffnet. Sie trägt den Titel *Dialogue of Civilizations Research Institute*, kurz DOC. Sie begann ihre Tätigkeit mit einem Grundkapital von nur 25.000 Euro, hatte auf möglichst hochkarätige Personaleinkäufe deutscher Experten gesetzt und erhoffte sich einen repräsentativen Sitz nahe des Reichstags und der US-Botschaft. Sowohl aus dem Auswärtigen Amt wie von den deutschen politik- und sozialwissenschaftlichen Instituten zur Firmen- und Politikberatung nach US-Vorbild ist zu hören, dass die Neugründung Skepsis auslöst (Jakunin, 2016).

Trotzdem wurde die Gründung des neuen Instituts gefeiert. Die Liste der Gäste, die zur Eröffnung im Berliner Humboldt Carré erschienen, war prominent besetzt. Der

Bahn-Vorstand und Merkel-Vertraute Ronald Pofalla, Ex-Bahn-Vorstandschef Hartmut Mehdorn, Ex-BND-Präsident August Hannig und der Vorsitzende des Deutsch-Russischen Forums, Matthias Platzek, erschienen.

Einige Besucher wie z. B. Harald Kujat, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des Nato-Militärausschusses, nahmen an der Podiumsdiskussion mit dem Putin-Freund teil. Er sah die Stationierung zusätzlicher Nato-Truppen in Osteuropa sehr kritisch und warb seit Ausbruch der Krimkrise dafür, die russischen Sorgen vor einer Hegemonie des Westens ernst zu nehmen.

Er begrüßte daher die Gründung des Instituts als Beitrag zur „Meinungsvielfalt“. „Der Aufbau dieses Forschungsinstituts ist ein mutiger Schritt“, sagte der frühere General. „Ich hoffe, dass die demokratisch-pluralistische Gesellschaft das Institut nicht von vornherein als Propaganda-Coup abtut“ (Schult, 2017).

Die gegenwärtige russische Führung verbindet ihre Politik mit den antiwestlichen linken und rechten Rändern des europäischen Parteienspektrums, was für das übrige Europa ein Problem darstellt.

Nachdem viele Nationalisten ins Europaparlament nach den Wahlen im Jahre 2014 eingezogen waren, wollte Moskau alle europäischen Randkräfte stärken. Die russische Partei Rodina („Vaterland“) und ihr Gründer, der russische Vizepremier Dmitrij Rogosin, hatten ein Treffen in Sankt Petersburg organisiert. Ziel war die Gründung eines gemeinsamen „Koordinationsrats“ der Rechtsextremisten. In Sankt Petersburg geplante Gespräche sollten beantworten, inwiefern Russland und die Rechtsextremisten gemeinsam gegen die Sanktionen der Europäischen Union in der Ukraine-Krise vorgehen sollten, um die zumeist Putin-kritischen Regierungen vieler EU-Staaten unter Druck zu setzen (Bidder, 2015). Das bekannteste Beispiel für dieses Kalkül von Moskau war die enge Zusammenarbeit mit der französischen Partei Front National, die einen 9-Millionenkredit von der Chech-Russian Bank erhielt.

Die deutsche Rechtspartei AfD und ihre Jugendorganisation haben enge Kontakte nach Moskau. Diese Verbindung läuft über die Russlanddeutschen – 2,5 Millionen Spätaussiedler, die ein russlanddeutsches Netzwerk gegründet haben. In deren Hochburgen in Baden-Württemberg holte die Partei Rekordergebnisse. In Villingen-Schwenningen kam die AfD auf 42%, in Wertheim auf 52%. Parteivize Gauland reiste Ende 2015 nach Russland, auf Kosten der Stiftung St. Basilius, hinter der ein Putin-treuer Oligarch steht. In St. Petersburg nahm er an Diskussionen mit dem neofaschistischen, antiwestlichen Ideologen und Kremflüsterer Alexander Dugin teil. Mitte 2016 vereinbarten Robert Schlegel, Duma-Abgeordneter und Spitzenfunktionär der Putin-Partei „Einiges Russland“, und die AfD-Jugend Junge Alternative eine neue Kooperation, ein Bündnis zwischen Putins Parteijugend „Junge Garde“ und dem AfD-Nachwuchs (Amann, 2016).

Die Linke stand in der deutschen Debatte über die Ukraine-Krise isoliert da. Als einzige Partei lehnte sie Wirtschaftssanktionen gegen Russland ab. Die Parteivertreter wie der ehemalige Linken-Chef, Gregor Gysi, und Sahra Wagenknecht äußerten tiefes Verständnis für die Interessen Russlands. Die Vorsitzende nannte die Außenpolitik der Bundesregierung „zutiefst heuchlerisch“. „Die falsche Politik des Westens: die Nato-Osterweiterung, Stationierung von Raketen in den neuen Mitgliedsländern“ spitzte Gysi die Situation zwischen dem Westen und Russland zu (Nelles, 2014).

Russlandverstehler

Die vielen jährlich stattfindenden Gespräche des bayerischen Ministerpräsidenten mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin haben schon lange Tradition. In der CDU-Spitze befürchtet man, dass sich Seehofer für russische Propaganda missbrauchen lässt. Er mache sich zum Propagandagehilfen Putins, meinte ein hochrangiges CDU-Mitglied. „Wir können nur hoffen, dass er das merkt“ (Neukirch). Seehofer hat sich bereits mehrfach gegen die Russland-Sanktionen ausgesprochen und damit die Haltung der Bundesregierung diskreditiert. Im Februar 2016 ist er zusammen mit dem früheren CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber zu einem Treffen mit Putin nach Moskau gereist. Das Duo war seinerzeit unangenehm aufgefallen. Stoiber umarmte Putin herzlichst, obwohl das russische Bombardement im Syrienkrieg in vollem Gange war. Seehofer hatte sich damals für eine Lockerung der Sanktionen gegen Moskau ausgesprochen und es als nobel bezeichnet, dass Putin sich nicht in die Flüchtlingsdebatte in Deutschland eingemischt hatte. Die Sinnhaftigkeit der Sanktionen wurde nicht nur von Politikern des Regierungslagers wie Bundeswirtschaftsminister Gabriel oder dem bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer in Frage gestellt. Eckhard Cordes, als Vorsitzender des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, forderte ein Ende der Sanktionen gegen Russland. Es wäre sehr fraglich für ihn, ob die Sicherheit in Mitteleuropa durch die Sanktionspolitik und die Schwächung und Isolierung Russlands nicht größer wird. Russland als der wichtigste Energielieferant sollte nach ihm nicht in die Ecke gedrängt werden. „Ein isoliertes und wirtschaftlich angeschlagenes Russland wird kein einfacherer Partner sein“ (Beise, 2015). Matthias Platzeck hielt als Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums Putin für einen nüchternen und realistischen Politiker (Hoffmann, Schepp, 2014). Platzeck stellte sich offen gegen die Linie der Bundesregierung und forderte den Westen auf, gegenüber Russlands Präsidenten Putin nachzugeben. Er schlug eine nachträgliche Legalisierung von Russlands Inbesitznahme der ukrainischen Halbinsel Krim vor. Auch die ehemaligen SPD-Vertreter wie Helmut Schmidt, Egon Bahr, Gerhard Schröder und Klaus von Dohnanyi plädierten für eine deutlich weichere Haltung gegenüber Russland.

RT (Russia Today) steht für Wladimir Putins Propagandasender, der auf Englisch, Spanisch, Arabisch und Deutsch sendet. In den Programmen werden die Verlogenheit des Westens vorgeführt und es werden die gesellschaftlichen Konflikte wie die Flüchtlingsfrage angestachelt. Man stiftet Verunsicherung und Unruhe. Kein anderer Sender zeigt Liveübertragungen der Pegida-Kundgebungen. Zu Propagandazwecken werden deutsche Schauspieler und prominente Politiker eingestellt, wie z.B. der Schauspieler Claude-Oliver Rudolph in der neuen Kultursendung „Clash“. Der ehemalige Radiomoderator Ken Jebsen prophezeit wirre Weltbilder, die frühere Tagesschau-Sprecherin Eva Hermann arbeitet seit 2014 für die russische Nachrichtenagentur RIA Novosti und für das staatliche Presseorgan „Stimme Russlands“. Diese Einstellungen fielen in eine Zeit, in der viele Menschen alternative Medien bevorzugten und Bewunderung für den starken Mann in Russland hegten, als Kontrast zur angeblich verweichlichten Führungselite des Westens. RT hat sich für eine rechte Zielgruppe für die Anhänger von Pegida, der AfD und der Linkspartei – entschieden und ist zum „Ereigniskanal besorgter Bürger“ geworden (Feldenkirchen, 2016).

Die ukrainische Seite warf Anne Will mehrere Male Protektionismus gegenüber Russland vor. Es würden keine Ukrainer in der Talkshow (Thema: Geiseln, Terror, Kriegsgefahr – ist die Ost-Ukraine außer Kontrolle? NDR 30/04/2014) zu Wort zu kommen. Alle geladenen Gäste wären Deutsche gewesen (Vizevorsitzender des parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Russland, Mitglied des Deutsch-Russischen Forums, Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften und eine bezahlte Putin-Lobbyistin, die sich den deutsch-russischen Beziehungen widmet) und keiner von ihnen hätte einen Bezug zur Ukraine. Unabhängige Online-Zeitungen betonten in der englischen Ausgabe, dass „die Redaktion mit etwas Recherche zumindest den führenden Experten zur Ukraine finden hätte müssen: Andreas Umland - ein Deutscher, der in der Ukraine lehrt und darüber hinaus einer besten Experten zur östlichen Faschismusszene ist. Oder die Redaktion wäre auf Marina Weisband gestoßen – Ukrainerin, Jüdin, Politikerin und schlagfertig obendrein!“ (Theiner, 2014).

Zum Kreis der Celebrities, die als Putin-Versteher gelten, gehört auch der deutsche Journalist und Dokumentarfilmer Hubert Seipel, Autor des Buches *Putin – Innenansichten der Macht*. Von der Nähe des Autors zum russischen Präsidenten zeugten Seipels ARD-Film *Ich Putin* von 2012 und ein Exklusiv-Interview im November 2014 im Ersten, in dem die kritischste Frage die Annexion der Krim und den Krieg in der Ostukraine ansprach.

Erfurts Salve.TV, ein lokaler Kabelfernsehsender, der nach eigener Aussage 120.000 Kabelhaushalte in Thüringen erreicht, begann seit 2015 Programme von RT zu senden. Das Magazin würde russische Propaganda und Verschwörungstheorien verbreiten. Wegen der von der EU eingeführten Sanktionen haben die Besitzer des Fernsehens damit begonnen, die prorussische Rhetorik zu verwenden. Politiker aller Fraktionen im Thüringer Landtag hatten gegen die wöchentlich mehrmals gezeigte Sendung protestiert, speziell gegen die politische Einseitigkeit. Die Thüringer Landesmedienanstalt (TLM) hatte, als Aufsichtsbehörde in Erfurt, ihre Prüfung abgeschlossen und erklärt, keine Einwände gegen die Übernahme und Ausstrahlung zu haben. Klaus-Dieter Böhm, Mit-eigentümer des Fernsehenders, zitierte Zuschauer, die „ihre Unterstützung für den Zugang zu einer großen Bandbreite an Sichtweisen zum Ausdruck brachten“. Eine von Salve.TV befragte Zuschauerin sagte: „Die gehässige anti-russische Propaganda, die es ständig gab, kann wohl kaum Medienvielfalt genannt werden. Ich bin froh, dass einer der Kanäle mutig und offen seine Bereitschaft erklärt, eine unterschiedliche Perspektive zu vermitteln“ (Huber, 2015; Müller, 2015).

Fazit

Die Zusammenarbeit beider Staaten im Rahmen der deutsch-russischen geistigen Gemeinschaft fußt auf eine langjährige Tradition. Die heutige Szenerie der bilateralen Beziehungen kann man mit vier Bildern der Schiffe vergleichen. Dieser symbolische Vergleich wurde von einem Team aus beiden Ländern in zwei Workshops in Jekaterinburg und Frankfurt während des Projektes „Deutschland und Russland 2030“ entwickelt. „Ein schnittiges Kreuzfahrtschiff symbolisiert eine enge, von gemeinsamen Werten getragene Allianz der beiden Staaten im Jahr 2013. Ein Containerfrachter

stand für die pragmatische, auf Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen basierende Zusammenarbeit. Zwei Boote der Küstenwache wurden als Metapher für das Szenario gewählt, in dem beide Staaten in eine Politik der scharfen Konfrontation zurückfallen. Schließlich stand ein Segelschiff, das mal in voller Fahrt über die Wellen saust, mal in der Flaute dahindümpelt, für das Auf und Ab einer wechselhaften Beziehung, die mal von gemeinsamen Interessen, mal von Konflikten geprägt ist“ (Kompliziert).

Die Propaganda stellt für Russland einen „Teil der Staatspolitik“ und ein „militärisches Werkzeug“ zur Manipulation und Steuerung der Massen dar. Zurzeit findet sich versteckt statt und sie muss nicht zwangsläufig laut und aufdringlich sein. Die weiße und graue Propaganda gehen davon aus, dass Halbwahrheiten verkauft werden, oder auch Wahrheiten, die so nicht zu 100% stimmen. Einseitigkeit in der Darstellung politischer Zusammenhänge und der gezielte Aufbau von Feindbildern werden als Herrschaftsinstrumente ausgenutzt, um auf Entscheidungsträger und Entscheidungsprozesse einzuwirken. Alle von der russischen Seite unternommenen Aktivitäten sind mit dem demokratisch-organisiertem System der Bundesrepublik Deutschland verbunden.

Prorussisches Lobbying in Deutschland ist nicht einheitlich und außer des Deutsch-Russischen Forums und Petersburger Dialogs verfügt es über keine formalen Strukturen. Das Ziel ist dabei, eine höchstmögliche Durchsetzung der Eigeninteressen auf vielen Gebieten mittels politischer, wirtschaftlicher und kulturellen Einflussnahmen zu erreichen. Die Russische Föderation unterstützt aktive Russlandversther im Rahmen der öffentlichen Strukturen der deutschen Parteien, der Kulturinstitutionen, der russischen Massenmedien und im Rahmen der NGOs wie deutsch-russische Vereine und Stiftungen. Die Einschränkung des Medienpluralismus in Russland wirkt sich auch auf die deutsche Berichterstattung über Russland aus. Meistens haben nur russische staatliche und staatlich kontrollierte Medien die Möglichkeit, Auslandskorrespondenten in Berlin zu unterhalten und nur sie werden zu den Sendungen in den öffentlich-rechtlichen Sendern wie ZDF, ARD, Phoenix eingeladen (Burchardt, 2014). Die Strahlkraft des prorussischen Lobbyings ist beschränkt; nicht nur wegen der imperialen Politik von Russland, sondern auch wegen der Tatsache, dass die Bundesrepublik die Regeln der Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Ordnung respektiert (z.B. Transparenz der globalen Finanzflüsse). Das prorussische Lobbying darf nicht dämonisiert, aber auch nicht unterschätzt werden.

Literaturverzeichnis

- Amann M., Lokshin P. (2016), *140 Millionen Freunde*, „Der Spiegel“, Nr. 17.
- Antrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP. Durch Zusammenarbeit Zivilgesellschaft und Rechtsstaatlichkeit in Russland stärken, Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/11327, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/113/1711327.pdf>, 01.08.2017.
- Becker M. (2017), *EU Diplomaten warnen vor Putins Propaganda*, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-warnet-vor-russischer-einmischung-in-wahlen-in-europa-a-1131336.html>, 01.08.2017.
- Beise M., Büschemann K.-H. (2015), *Russland nicht in die Enge drängen*, „Süddeutsche Zeitung“, 28.12.

- Bidder B. (2015), *Neonazi-Treffen in Russland. Moskaus rechtsradikale Internationale*, 23.03.2015, „Spiegelonline“, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/russland-rechtsextremisten-treffen-sich-in-sankt-petersburg-a-1025108.html>, 1.08.2017.
- Bolay S., Bullmann T., *Versorgungssicherheit bei Erdgas und Erdöl in Deutschland. Bestandsaufnahmen angesichts des Konfliktes in der Ukraine und der beschlossenen Sanktionen*, www.dihk.de.
- Burchardt F. (2014), *Ukraine – Analysen*, Nr. 135, 24.06.2014, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Bremen.
- Clauß U. (2014), *Anatomie des russischen Infokriegs in Netzwerken*, „WeltN24“, 31.05.2014, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article128584422/Anatomie-des-russischen-Infokriegs-in-Netzwerken.html>, 11.09.2017.
- Dmitri Peskow am 25. Oktober 2016 im Interview für »lenta.ru«, <https://lenta.ru/news/2016/10/25/censored/>, 11.08.2017.
- EU vs Disinfo, <https://euvsdisinfo.eu>.
- EU-Parlament warnt vor russischer Propaganda*, „Zeit online“, 23. November 2016, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-11/europaeische-union-anti-eu-propaganda-russland-europa-parlament-populismus>, 01.08.2017.
- Feldenkirchen M. (2016), *Liebesgrüße nach Moskau*, „Der Spiegel“, Nr. 19.
- Hoffmann Ch., Schepp M. (2014), *Putin ist ein Realist*, „Der Spiegel“, Nr. 21, 19.05.2014.
- Huber J. (2015), *Putin-Versteher in Erfurt*, 07.08.2015, <http://www.tagesspiegel.de/medien/salve-tv-darf-fehlenden-part-ausstrahlen-putin-versteher-in-erfurt/12159496.html>.
- Jakunin W. (2016), *Putin – Freund eröffnet russische Denkfabrik in Berlin*, „Berliner Zeitung“, 01.07.2016, <http://www.berliner-zeitung.de/24323524>, 2017.
- Kompliziert, aber gestaltbar* (2013), „FES-Info“, Nr. 02.
- Koszel B. (2012), *Mocarstwowe aspiracje Niemiec w Europie XXI wieku; realia i perspektywy (Raport z badań)*, Poznań.
- Maziarski G. (2015), *Putinowskie klapki na oczach nowego lidera laburzystów*, „Gazeta Wyborcza“, 14.09.2015.
- Miszczak K. (2015), *Die deutsch-polnischen Beziehungen in Zeiten der Krise in Osteuropa*, „Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik“, DOI 10.1007/s12399-015-0532-2.
- Moskau spaltet den Westen*, <https://magazin.spiegel.de/SP/2017/3/149011609/index.html>, 01.08.2017.
- Müller C. P. (2015), *Tak brzmi tuba Kremla*, „Angora“, Nr. 39, 27.10.2015.
- Nelles R., Reinbold F. (2014), *Der Westen hat auch alles falsch gemacht*, „Spiegel online“, 09.05.2014, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-gregor-gysi-im-interview-ueber-russland-und-merkels-politik-a-968391.html>, 02.08.2017.
- Neukirch R., *Putins Helfer*, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/horst-seehofer-besucht-wladimir-putin-kritik-aus-der-cdu-a-1137189.html>, 02.08.2017.
- Rangliste der Pressefreiheit 2017*, https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2017/Rangliste_der_Pressefreiheit_2017_-_Reporter_ohne_Grenzen.pdf.
- Rettman A. (2017), *Seks, faszyzm i falszywe wideo*, „Gazeta Wyborcza“, 22.04.2017.
- Röpke J. (2017), *Lügen-Attacke auf die Kanzlerin*, „Bild“, 30.01.2017.
- Schult Ch., *Berlin denkt, Russland lenkt*, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wladimir-jakunin-putin-vertrauter-weiht-denkfabrik-in-berlin-ein-a-1100927.html>, 01.08.2017.
- Theiner Th. C. (2014), *Anne Will liebt es Russisch*, Euromaidan Press. News and views from Ukraine, 30.04.2014, <http://euromaidanpress.com/2014/04/30/anne-will-liebt-es-russisch/#arv1bdata>, 02.08.2017.

Veit W. (2013), *Außenpolitik als internationale Gesellschaftspolitik*, Bonn.

Voigt K. D. (2015), *Zur Zukunft der deutschen und europäischen Russland- und Ukrainepolitik*, „Integration“, Nr. 4.

Pro-Russian lobbying in modern Germany

Summary

The article presents the political and media process of the formation of the public opinion between Germany and the Russian Federation on the background of increasing the East-West crisis, especially taking into consideration the Neue Ostpolitik that Germany is following. With the beginning of the Ukraine-Russia conflict and after the western sanctions were imposed on Moscow, the Russia propaganda machine started to work on every political, economic and media level. The paper analyses its system and mechanism in the context of the dynamically changing international order. The author identifies the German Russlandverstehers, defines the most active institutional forms of the German-Russia cooperation and economic contacts under the patronage of both governments that can have influence on decision process of the German government. To the most important actors in the Russian lobbying belong German political parties, representatives of the German world of culture, art, media, whose popularity can modify the perception of the Russian politics against the Ukraine and the European Union.

Key words: Russia-Germany relations, Russlandverstehers, pro-Russian lobbying

Prorosyjski lobbying we współczesnych Niemczech

Streszczenie

Artykuł prezentuje polityczny i medialny proces formowania niemieckiej opinii publicznej na temat Federacji Rosyjskiej, który przybrał na sile po przyjęciu przez RFN nowej polityki wschodniej. Wraz z początkiem konfliktu ukraińsko-rosyjskiego i wprowadzeniem przez UE sankcji maszynowa propagandowa Moskwy dotknęła wszystkie poziomy aktywności rosyjskiej w Niemczech. Ich analiza umożliwiła identyfikację tzw. Russlandverstehers oraz instytucjonalnych form wzajemnych kontaktów, które mogły mieć wpływ na procesy decyzyjne rządu niemieckiego. Wymieniono również głównych aktorów lobbyngu rosyjskiego, których popularność może modyfikować percepcję polityki rosyjskiej względem Ukrainy i UE.

Słowa kluczowe: relacje rosyjsko-niemieckie, Russlandverstehers, pro-rosyjski lobbying

